

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Post CH AG

Adressänderungen bitte an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsa.ch

GSoA GSOA-ZITIG NR. 186

JUNI 2021

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

Kampffjet-Beschaffung

Kein Freipass für den Bundesrat: Mit der Ankündigung einer Initiative gegen US-Kampffjets will die GSoA zusammen mit der SP und den Grünen den Worst Case verhindern. SEITE 3

Frauenoffensive

Mit viel Tamtam will Viola Amherd mehr Frauen ins Militär locken. Mit echter Gleichstellung hat das aber nichts zu tun – auch wenn das von den Armee-Infliencerinnen stets betont wird. SEITE 6



Strike for Future

Die Armee hat keine Antwort auf die grösste Bedrohung des 21. Jahrhunderts: Die Klimakrise. Für die GSoA hingegen ist klar: Klima- und Friedenspolitik gehören untrennbar zusammen. SEITE 7

DANK PANDEMIE: Lieferservices boomen!



Liebe Leser*innen

Die Corona-Pandemie hat viele Branchen hart getroffen – nicht so die Rüstungsindustrie. Noch nie hat die Schweiz so viele Waffen exportiert wie 2020. Dieses Rekordhoch wollen wir in dieser Ausgabe näher beleuchten. Nebst der Analyse der vom Seco publizierten Zahlen informieren wir über den neusten Stand der Korrektur-Initiative, über die Problematiken der Generalausfuhrbewilligungen und der Exporte nach Saudi-Arabien. Zudem zeigen wir die möglichen Auswirkungen der Privatisierung der Ruag-Division Ammotec auf. Weitere grosse Themen in dieser Zeitung sind natürlich die Armee und das innenpolitische Geschehen: Es geht um den Kauf der neuen Kampjets und unsere Pläne dazu, um unsägliche Datenleaks, um Viola Amherds Frauenoffensive und um die neue Armeebotschaft. Zum Schluss blicken wir noch in die Vergangenheit auf den Genozid in Srebrenica und in die Zukunft – auf die Frage, welche Antworten das Militär auf die Klimakrise hat.

Und schliesslich noch eine Information in eigener Sache: Ich werde das GSoA-Sekretariat nach über vier Jahren diesen Sommer verlassen und somit auch die Redaktionsleitung der Zeitung abgeben. Diese geht zum ersten Mal seit längerer Zeit in die Romandie: Thomas Bruchez aus dem Seki Genf wird diese übernehmen.

Ich wünsche euch spannende Lektüre und alles Gute,

Judith Schmid und das Redaktionsteam

Impressum

Redaktion: Thomas Bruchez (tb, verantwortlich), Adi Feller (af), Magdalena Küng (mk), Nadia Kuhn (nk), Josef Lang (jl), Moritz Lange (ml), Lewin Lempert (ll), Oger (og), Martin Parpan (mp), Saskia Rebsamen (sr), Judith Schmid (js, verantwortlich), Tobia Schnebli (ts), Pauline Schneider (ps), Andreas Weibel (aw)

Cartoons: Oger | **Gestaltung:** Regula Meili | **Übersetzung:** Catherine Jost | **Druck:** ROPRESS Zürich | **Auflage:** 17'500, mindestens viermal jährlich | **Mitgliedsbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.–/Nichtverdienende Fr. 50.–** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– PC-Konto: PC 40-37315-5 | **Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

Leser*innenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer Creative Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

OSTERMARSCH 2021

Im Zeichen einer feministischen Friedenspolitik

Unter dem Motto «Yes, we care!» fand der Berner Ostermarsch nun schon zum zweiten Mal virtuell statt. Feministische Friedensaktivist*innen aus der ganzen Welt haben sich mit spannenden Redebeiträgen an der Online-Kampagne beteiligt und gemeinsam ein Zeichen für mehr Solidarität und Care-Bewusstsein gesetzt. SASKIA REBSAMEN

Während der Corona-Pandemie sind es wie so oft vor allem Frauen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt aufrechterhalten. Sie kümmern sich in den Spitälern und Altersheimen um Pflegebedürftige oder leisten Betreuungsarbeit in Schulen und Kitas. Privat tragen sie oft die Hauptverantwortung für den Haushalt und die Kindererziehung, selbst wenn sie daneben noch einen Büro-Job im Home-Office erledigen müssen. Wo man hinschaut: Frauen sind die unermüdlichen Sorgeträgerinnen unserer Gesellschaft und somit auch die grossen unsichtbaren Friedensakteurinnen. Nur wenn wir zueinander Sorge tragen, können wir Krisen überwinden und Frieden schaffen. Der Ostermarsch 2021 forderte deshalb, den Care-Einsatz unzähliger Frauen endlich angemessen zu anerkennen – sozial und ökonomisch!

Dazu müssten Frauen auf politischer Ebene endlich besser eingebunden werden, erklärte die diesjährige Rednerin Karmen Ramírez Boscán. Friedensförderung sei als Prozess zu verstehen, der von Diversität lebe. Nach dieser Devise gestaltet die Aktivistin für indigene Frauen aus Lateinamerika auch ihre eigene Arbeit. Heute

lebt sie in der Schweiz und baut hier gemeinsam mit Migrant*innen partizipatorische feministische und pazifistische Projekte auf.

Eine abwechslungsreiche Online-Kampagne hat dazu beigetragen, für den Wert von Friedens- und Care-Arbeit zu sensibilisieren. Durch die Präsenz auf Facebook und Instagram konnte ein neues Publikum erreicht werden, das uns beim nächsten – hoffentlich wieder physisch stattfindendem – Marsch weiterhin unterstützen wird. Gemeinsam bleiben wir dran und sagen: «Yes, we care!»



Auch dieses Jahr fand der Ostermarsch online statt.

KRIEGSMATERIALEXPORTE

Auch diese Kurve muss sinken!

Wir kennen sie langsam, die Kurve, die beängstigend schnell nach oben zieht. Doch es geht nicht immer um neue Covid-Fälle. Auch die Kurve der Kriegsmaterialexporte zeigt nach oben. 2020 war mit Exporten für 901 Millionen Franken ein Rekordjahr. Dagegen haben wir Corona-konform demonstriert. JUDITH SCHMID

Sechs Mitglieder der Regionalgruppe Bern trafen sich am Morgen des 9. März vor dem Medienzentrum des Bundes. Mit dabei hatten wir Peace-Fahnen und ein Transpi mit einer Kurve drauf. Diese zeigt steil nach oben. Für

901 Millionen Franken hat die Schweiz Kriegsmaterial exportiert – so viel wie noch nie zuvor in der Schweizer Geschichte! Für mehr als 17 Millionen Franken hat die Schweiz Länder mit Waffen beliefert, die in den völkerrechtswidrigen



Aktion gegen die steigenden Kriegsmaterialexporte.

Jemenkrieg involviert sind. Darunter sind die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Kuwait und – als weitaus grösster Abnehmer – Saudi-Arabien für fast 10 Millionen Franken.

Leider kam uns auch hier die Corona-Krise in die Quere und es wurde verhältnismässig wenig über die skandalöse Höhe der Waffenexporte 2020 berichtet. Keine Kamerateams waren anwesend und auch Journalist*innen haben wir nur vereinzelt gesehen, welche die Medienkonferenz des Secos besuchten, weshalb wir die Bilder unserer Aktion lediglich über die sozialen Medien verbreiten konnten. Einzig die Aufmerksamkeit der Polizei konnten wir auf uns ziehen. Am Schluss der Aktion waren fast mehr Polizist*innen als Aktivist*innen zugegen.

WIEDERBELEBUNG DER REGIONALGRUPPE BERN

Auch wenn unsere Aktionen zurzeit entweder online oder dann in einem sehr kleinen Rahmen stattfinden müssen, war es sehr schön, dass sich die ReGrü Bern wieder einmal treffen konnte. Weitere Treffen sind in Planung, im Moment noch online, aber vielleicht wird es ja bald wieder möglich sein, dass wir uns vor Ort treffen können. Möchtest du auch mitmachen? Dann schreib doch ein Mail an bern@gsoa.ch.

VOLLVERSAMMLUNG

Verschiebung auf den 25. September

In Anbetracht der gegenwärtigen Lage haben wir uns entschieden, unsere Vollversammlung 2021 auf den 25. September zu verschieben, damit wir uns vor Ort treffen können. Nur so ist es möglich, soziale Kontakte zu pflegen und wertvolle Diskussionen zu führen. THOMAS BRUCHEZ

Traditionell treffen wir uns jedes Jahr zur Vollversammlung (VV) im Restaurant Kreuz in Solothurn, wo die GSoA im Jahre 1982 gegründet wurde. Dabei blicken wir auf unsere Aktivitäten im vergangenen Jahr zurück, entscheiden, welche

Projekte wir anstossen wollen und können zu Grundsätzlichem in den Bereichen Pazifismus und Antimilitarismus Stellung beziehen. Leider konnte die VV letztes Jahr pandemiebedingt nicht vor Ort stattfinden und wir mussten sie

letzten Herbst online abhalten. Derzeit erlaubt es uns die Lage in Bezug auf Covid-19 immer noch nicht, die VV vor Ort durchzuführen. Wir wissen jedoch, wie wichtig es ist, sich persönlich zu treffen. Denn nur so können wir Kontakt zueinander aufrechterhalten und gut debattieren. Deshalb haben wir uns entschieden, die VV auf den 25. September 2021 zu verschieben. Das Programm klingt bereits jetzt sehr spannend – seid also unbedingt mit dabei! Weitere Infos folgen.

KAMPFJETS

Blankoscheck stoppen

Im bisherigen Beschaffungsprozess der neuen Kampfflugzeuge hält das VBS stoisch an seinen Zielen fest, ohne auf die grosse ablehnende Minderheit einzugehen. Die GSoA will verhindern, dass der Bundesrat einen Freipass erhält. JONAS KAMPUS

Die GSoA wehrt sich nun seit über zwanzig Jahren gegen die Beschaffung neuer Kampffjets. Mit der Stopp-F/A-18-Abstimmung 1993 wurde eine ganze Generation politisiert, 2013 haben wir zusammen mit einem breiten Bündnis den Gripen abgeschossen und letzten Herbst gelang fast der Coup gegen die aktuelle Beschaffung neuer Kampffjets. In den nächsten Tagen wählt der Bundesrat endlich den neuen Kampffjet-Typen aus. Alle zur Auswahl stehenden Typen des Projekts Air2030 sind für luftpolizeilichen Aufgaben überdimensioniert, riesige CO₂-Schleudern, grosse Lärmverursacher und massive Geldfresser.

PURES ZUFALLSMEHR

Die Befürworter*innen der neuen Kampffjets führen nun ins Feld, dass wir gefälligst das Resultat der Volksabstimmung vom 27. September 2020 zu respektieren und uns diesem Entscheid zu beugen hätten. Dabei vergessen sie und das VBS gerne, dass diesem Ja nur ein Zufallsmehr zugrunde liegt und die grösstmögliche Minderheit zustande kam. Vonseiten Verteidigungsministerin Viola Amherd kamen nach der Abstimmung keine Zugeständnisse an die 1,6 Millionen Stimmbürger*innen, welche die Beschaffung neuer Kampffjets ablehnten.

Dieses undemokratische Gebaren nehmen wir nicht hin. Der Bundesrat hat keinen Blankoscheck von der Schweizer Stimmbewölkerung erhalten, wir müssen ihm klare Leitplanken für

seine Entscheidungen aufzeigen. Insbesondere mit der andauernden Corona-Krise und dem Damoklesschwert der Klimakrise haben wir wahrlich genug reale Bedrohungen, deren Bekämpfung dringend weitere finanzielle Mittel benötigt.

Kann der Kauf der neuen Kampffjets noch verhindert werden?



US-GHEIMDIENSTE IM COCKPIT

Zusammen mit SP und Grünen haben wir darum klare Kriterien für die Lancierung einer Volksinitiative aufgestellt: Falls die Wahl auf einen US-Kampffjet fällt oder der Beschaffungsprozess nicht absolut sauber verläuft, werden wir eine Volksinitiative lancieren, um den Kauf der Luxus-Kampffjets doch noch zu verhindern. Im letztjährigen Abstimmungskampf stiessen insbesondere die US-amerikanischen Jets auf Ablehnung in der Bevölkerung. Ausserdem machen alle Hersteller mit Korruptions- und Überwachungsskandalen von sich reden.

Bei den US-Kampffjets sitzt nicht nur die*der Pilot*in im Cockpit, sondern auch die US-Geheimdienste sind bei jeder Mission an Bord. Die Kontrolle über die Quellcodes bleibt bei den Herstellern in den USA. Nebst dieser sicherheitspolitisch höchst brisanten Tatsache weisen die US-Kampffjets weitere zahlreiche technische und finanzielle Probleme auf. So kostet eine Flugstunde mit dem F-35 über USD 44'000 trotz Versprechen zur Kostensenkung vom Hersteller Lockheed Martin. Der Nachfolger des in der Schweiz eingesetzten F/A-18, der Super Hornet, ist im Gegensatz zum jetzigen Modell 20 Prozent grösser, was ein Ausbau der Start- und Landepisten, sowie der Hangars zur Folge hätte. Diese Kosten kommen natürlich zu den bestehenden Beschaffungsausgaben hinzu.

Dazu kommt, dass beide Typen unzählige technische Mängel aufweisen, gewisse davon können zum Tod der*des Pilot*in oder zum Verlust des Flugzeugs führen. Mittlerweile ist auch die US-Luftwaffe der Ansicht, dass keine weiteren F/A-18 Super Hornet produziert werden müssen und der F-35 ein solcher Schrotthaufen ist, dass hohe Offiziere ihn abwechselungsweise ein «Stück Sch***» nennen oder als nutzlosen Ferrari bezeichnen. Die Ironie an der Sache ist, dass bei einem wirklichen Kriegsszenario die komplette Luftwaffe, dann also wenn sich das gesamte Potenzial dieser Luxus-Kampffjets entfalten könnte, innerhalb weniger Stunden durch moderne Lenkwaffen ausser Gefecht gesetzt sein würde.

Du bist auch gegen einen Blankoscheck zur Beschaffung neuer Kampffjets? Dann unterschreibe noch heute den Pledge zur allfälligen Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative: <https://stopp-kampffjets.ch/?gsoa>

ARMEEBOTSCHAFT

Neben den Schuhen

Der Bundesrat hat die Armeebotschaft 2021 genehmigt. Somit unterstützt er eine Armee, die echten Gefahren hinterherhinkt. Die Botschaft unterstreicht unwahrscheinliche Szenarien wie konventionelle Kriege und Auslandseinsätze. Andere Probleme wie die Klima- oder die Coronakrise werden völlig ausgeklammert. PAULINE SCHNEIDER

Man kann nicht Bilanz ziehen über die diesjährige Armeebotschaft ohne die gesellschaftliche und gesundheitliche Situation, die das vergangene Jahr geprägt hat, in Betracht zu ziehen. Diese, aber auch die Klimaerwärmung scheinen jedoch die Entscheidungen der Armee nicht massgeblich beeinflusst zu haben. Erstaunlicherweise beschränkt sich die Armee in ihrer Botschaft 2021 auf eine grosse Anzahl unwahrscheinlicher Szenarien. Auch hat sie vor, in tonnenweise neues Material zu investieren. Echte, aktuelle Notlagen wie die Klima- oder die Covid-Krise gehen dabei komplett vergessen.

Diese Themen werden zwar schon angesprochen, aber nur sehr oberflächlich. So erklärt die Armee, sie wolle ihren Energieverbrauch und ihre Treibhausgasemissionen verringern. Doch bei genauem Hinschauen wird deutlich, dass die vorgeschlagenen Massnahmen nicht

ausreichen. Gegenüber 2001 will die Armee bis 2030 ihren CO₂-Ausstoss um 40% senken. In Anbetracht der 200'000 Tonnen CO₂, die der Armee jedes Jahr zu Lasten gelegt werden müssen, ist diese Einsparung kleineren Ausmasses. Zudem handelt es sich hier um ein Musterbeispiel von Greenwashing.

Neben diesem Greenwashing hat die Armee gezeigt, wie ineffizient sie die Krise letztes Jahr angegangen ist. Denn sie war unzureichend auf die Pandemie vorbereitet. Zudem will sie in neues Material investieren, wobei der Zusammenhang mit der jetzigen Krise nicht ersichtlich ist. Indem sie neue Fahrzeuge für das Panzerappaurbataillon und Simulatoren für schultergestützte Mehrzweckwaffen kaufen will, bereitet sich die Armee weiterhin auf Gegebenheiten vor, die weit im hypothetischen Bereich liegen. So wird wieder einmal klar, wie weit fernab der Realität die Armee sich befindet.

MUNITION

Das Tafelsilber verscherbeln?

Die Privatisierung der Ruag schreitet voran. Zentral dabei ist der Verkauf der Munitionssparte Ruag Ammotec, dem grössten Kleinkalibermunitionshersteller in Europa. Wieso das ein Anlass zur Sorge ist. ADI FELLER

Die Munitionssparte der Ruag sorgte immer mal wieder für negative Schlagzeilen: Scharfschützenmunition in Libyen oder Handgranaten bei Daesh in Syrien. Bereits als staatlich kontrollierte Rüstungsfirma fand Munition der Ruag Ammotec Wege in alle möglichen Konfliktgebiete. Doch immerhin hatte der Bund eine gewisse Verantwortung, konnte theoretisch über die von ihm definierte Eignerstrategie Einfluss nehmen und nicht einzig Profit als Unternehmensziel definieren. So liess er verlauten, dass in allen Fabriken der Ruag, auch wenn diese im Ausland standen, Schweizer Exportgesetzgebung gelten soll. Ob und von wem dies kontrolliert wurde, ist dann natürlich eine andere Frage. Die Pläne zum Bau einer Ruag-Munitionsfabrik in Brasilien wurden immerhin abgelehnt. Wenn nun Ammotec privatisiert wird, fällt jede bisher vorhandene zusätzliche Kontrollmöglichkeit dahin. Die Sparte wirft Gewinn ab, Kaufinteressierte gibt es genügend.

SCHWERTER ZU PFLUGSCHAREN

So hat der Chef von Rheinmetall kürzlich in einem Interview sein Interesse an Ruag Ammotec bekundet. In Anbetracht der bereits grossen Rheinmetall-Präsenz in der Schweiz, stehen deren Chancen wohl nicht schlecht. Doch jeder Verkauf an einen privaten Anbieter bedeutet noch weniger Kontrolle über die Rüstungsexporte. Versuche aus dem militärfreundlichen Lager im Parlament, den Verkauf zu verhindern, laufen noch. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion von Werner Salzmann (SVP) angenommen. Doch der Bundesrat scheint entschlossen, die Veräusserung der Ruag Ammotec durchzuziehen. Dabei gäbe es einen ganz anderen Weg, um den von militärfreundlichen Kreisen oft beschworenen «Fähigkeitserhalt» zu garantieren: Ein staatlich subventionierter Ballenberg für Rüstungsproduktion in Kleinstmenge – dafür mit dem totalen Verzicht auf Rüstungsexporte.

KRIEGSMATERIALEXPORTE

KRIEGSMATERIALEXPORTE

Trauriges Rekordhoch

2020 hat die Schweiz Kriegsmaterial im Wert von 901 Millionen Franken exportiert. Ein trauriger Rekord: Solch hohe Exportzahlen hat es in der Schweizer Geschichte noch nie gegeben. Dazu kommt die Liste der Empfängerländer. Darunter befinden sich viele Staaten, die für die systematische Verletzung von Menschenrechten und ihre Beteiligung an bewaffneten Konflikten bekannt sind. THOMAS BRUCHEZ

Die einfache Wahrheit ist: Noch nie hatte die Schweiz so viele Waffen exportiert wie im Jahre 2020. Während die Coronakrise die Ungleichheiten weiter verstärkt und viele Personen hart trifft, hat die Rüstungsindustrie keinen Grund zu klagen. Dabei hatte sich diese in den letzten Jahren ständig über Schwierigkeiten beklagt, gegen die sie angeblich ankommen müsse. Dieses Argument nutzte sie, um Lockerungen bei den Exportkriterien zu erzielen.

2020 wurden gepanzerte Fahrzeuge, Munition, Feuerleiteinrichtungen, Hand- und Faustfeuerwaffen im Wert von insgesamt 901 Millionen Franken verkauft. Gegenüber dem Vorjahr ist das eine Steigerung um 24%. Noch schlimmer ist es, wenn man sich die Jahre 2014–2016 an-

schaut. Gegenüber dieser Periode haben sich die Schweizer Waffenexporte mehr als verdoppelt. Es gibt also Grund zur Besorgnis.

Bei den Empfängerländern dieser Waffen sieht es kaum erfreulicher aus. Bereits das fünfte Jahr in Folge trägt die Schweiz zum schrecklichen Jemenkonflikt bei, indem sie Waffen an die von Saudi-Arabien angeführte Länderkoalition im Wert von mehr als 17 Millionen Franken lieferte. Die Schweiz hat somit seit Beginn des Kriegs 2015 Kriegsmaterial im Wert von zusammengenommen beinahe 84 Millionen Franken in die Region verkauft.

Zu den einkaufsfreudigsten Ländern gehört Brasilien. Dort hat sich die Menschenrechtssituation jedoch seit dem Beginn der Präsident-

schaft Jair Bolsonaros spürbar verschlechtert. Die Meinungs- und Pressefreiheit werden erstickt, die Rechte der indigenen Bevölkerung stark verletzt und die Zahl der Feminizide ist regelrecht explodiert. Die Fälle von Polizeigewalt haben ebenfalls deutlich zugenommen. So wurden laut Amnesty International zwischen Januar und Juni 2020 3181 Menschen von der Polizei getötet, 17 Personen pro Tag. Anfang Mai 2021 hat ein Polizeieinsatz in Rio 25 Todesopfer gefordert. Auch die Pandemie wird von der Regierung katastrophal gehandhabt. Bis heute sind dabei mehr als 400'000 Menschen gestorben, was mehr als einem Zehntel der Gesamtbevölkerung in der Welt entspricht. Es ist abscheulich, dass die Schweiz eine Regierung unterstützt, die willentlich das Leben ihrer Bevölkerung gefährdet.

TENDENZ STEIGEND

Die Zahlen des ersten Quartals 2021 weisen darauf hin, dass das Jahr keine Ausnahme ist, sondern einer generellen Tendenz des Anstiegs der Schweizer Waffenexporte folgt. So hat die Schweiz zwischen Anfang Januar und Ende März

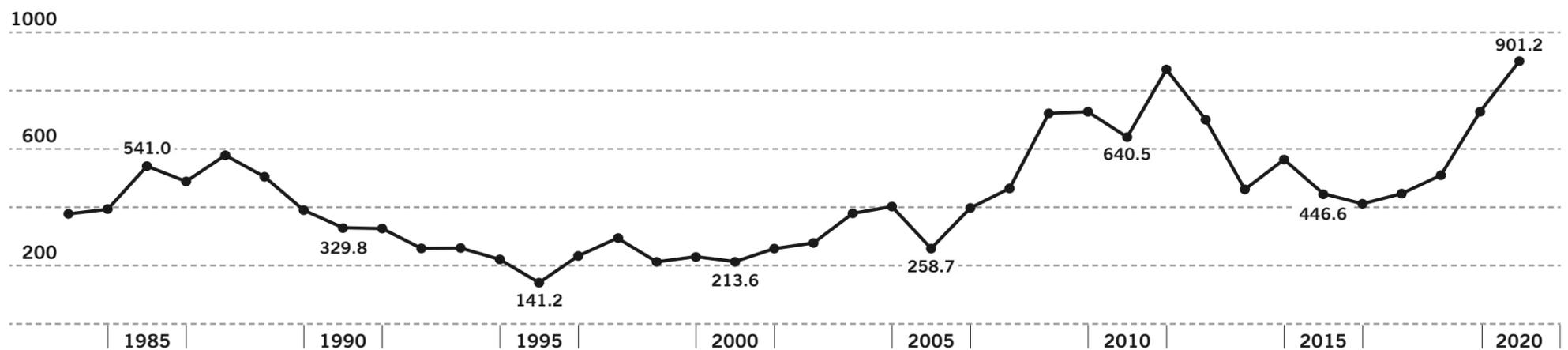
2021 Kriegsmaterial im Wert von 204 Millionen Franken exportiert. Diese Zahlen liegen zwar unter jenen des ersten Quartals im Rekordjahr 2020, sind jedoch doppelt so hoch wie beispielsweise die von 2015. Und einmal mehr haben die kriegführenden Staaten im Jemen Schweizer Waffen erhalten, diesmal im Wert von 11 Millionen Franken. Dies zeigt, wie notwendig die Korrekturinitiative ist.

EINE ABGEFLACHTE KURVE

Global betrachtet haben die Waffenexporte zwischen 2011 und 2015 sowie zwischen 2016 und 2020 stagniert – dies zum ersten Mal seit dem Zeitabschnitt 2001–2005. Die weltweiten Waffenexporte sind seit 2017 sogar stetig zurückgegangen. Freuen wir uns jedoch nicht zu früh. Denn 2017 war ein Rekordjahr bei der Waffenausfuhr in der Zeit nach dem Kalten Krieg. Zudem wurden 2020 trotz Pandemie viele Waffenlieferungsverträge unterzeichnet. Es bleibt also noch viel zu tun im Kampf für die globale Abrüstung.

Ausfuhren von Kriegsmaterial 1983 bis 2020 (nicht inflationsbereinigt)

ENTWICKLUNG DER KRIEGSMATERIALEXPORTE IN MIO. CHF



Quelle: Seco

KORREKTUR-INITIATIVE

Konsequenz ist gefordert

Kurz vor Ablauf der Frist hat der Bundesrat im vergangenen März endlich die Botschaft zur Korrektur-Initiative inklusive eines Gegenvorschlags veröffentlicht. Wenig überraschend dabei: Der Bundesrat lehnt die Korrektur-Initiative ab. MORITZ LANGE

Die Initiative würde zu einer «Schwächung der für die Schweiz wichtigen sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis (STIB) führen». Das heisst, dem Bundesrat liegt das Wohlergehen der Rüstungsindustrie mehr am Herzen als die humanitäre Tradition der Schweiz.

Wie angekündigt stellt der Bundesrat der Korrektur-Initiative aber einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber. Dieser sieht vor, dass die Bewilligungskriterien für Kriegsmaterialexporte neu auf Gesetzesstufe verankert werden. Damit hätten wir bei künftigen Änderungen die Möglichkeit eines Referendums und müssten nicht, wie mit der Korrektur-Initiative, eine Volksinitiative lancieren, wenn der Bundesrat wieder einmal finden sollte, die arme Rüstungsindustrie brauche Unterstützung.

Auch sieht der Gegenvorschlag vor, die Ausnahme, die 2014 eingeführt wurde, wieder zu streichen. Diese Ausnahme erlaubt den Export von Kriegsmaterial auch in Länder, die Menschenrechte schwerwiegend und systematisch verletzen, wenn ein geringes Risiko besteht,

dass dieses Kriegsmaterial zur Begehung dieser eingesetzt wird. Die Streichung dieser Ausnahme ist eine zentrale Forderung der Korrektur-Initiative. Es dürfen keine Waffen mehr an Länder exportiert werden, in denen die Menschenrechte verletzt werden. Denn das Risiko, dass dieses Kriegsmaterial dabei zum Einsatz kommt, ist immer gegeben.

SCHLUPFLOCH FÜR DEN BUNDESRAT

Leider hält der Bundesrat auch im definitiven Gegenvorschlag an seiner Abweichungskompetenz fest. Damit soll der Bundesrat die Möglichkeit erhalten, am Parlament und an der Bevölkerung vorbei Kriegsmaterialexporte zu bewilligen, wenn «aussergewöhnliche Umstände» vorliegen und es zur «Wahrung der aussen- oder sicherheitspolitischen Interessen» notwendig ist. Welche ausserordentlichen Umstände Waffenexporte in Bürgerkriegsländer oder in Länder, die Menschenrechte verletzen, dringend erfordern, ist nicht ersichtlich. Der Bundesrat will sich bloss ein Schlupfloch offenhalten, um die Mitsprache

durch das Parlament und die Bevölkerung zu umgehen. Diese minimalistische bis unwirksame Umsetzung der Korrektur-Initiative ist inakzeptabel: Diese Abweichungsklausel muss auf jeden Fall gestrichen werden.

Zudem enthält der Gegenvorschlag auch keine Aufhebung der Ausnahmebestimmung für Ersatzteile und Munition. Dabei muss aber klar sein, dass Ersatzteillieferungen denselben Bewilligungskriterien zu folgen haben wie sonstiges Kriegsmaterial.

Kurz nach der Veröffentlichung der Botschaft und des Gegenvorschlags hat sich die sicherheitspolitische Kommission des Ständerats (SiK-S) bereits mit der Korrektur-Initiative beschäftigt. Die SiK-S, die nur so von Bürgerlichkeit trieft, lehnt die Korrektur-Initiative mit 9 zu 2 Stimmen deutlich ab. Auch die zwei An-

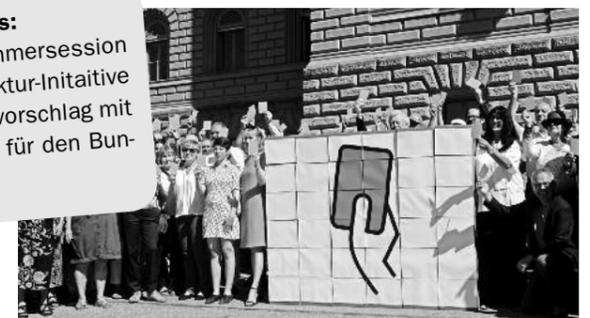
träge von linker Seite – die Streichung der Abweichungskompetenz des Bundesrates und die Streichung der Ausnahme für Ersatzteillieferungen und Munition – hat die SiK-S verworfen. Allerdings befürwortet eine Mehrheit den indirekten Gegenvorschlag.

Die Initiative und der Gegenvorschlag werden in der Sommersession vom Ständerat behandelt, danach kommt das Geschäft in den Nationalrat. Jetzt gilt es, parlamentarisch aktiv zu werden und den Gegenvorschlag im Sinne der Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer abzuändern. Das heisst: Keine Ausnahmeklausel zugunsten des Bundesrates und keine Sonderregelungen für Munitionslieferungen. Nur so kann die Schweiz in der internationalen Friedenspolitik glaubwürdig auftreten und nur so kommt ein Rückzug der Korrektur-Initiative in Frage.

Update kurz vor Redaktionsschluss:

Der Ständerat hat sich in der Sommersession hinter die Kernanliegen der Korrektur-Initiative gestellt. Er befürwortet den Gegenvorschlag mit einer Streichung des Schlupflochs für den Bundesrat.

Die Korrektur-Initiative geht in die nächste Runde.



GENERALAUSFUHRBEWILLIGUNGEN

Etwas Transparenz bitte!

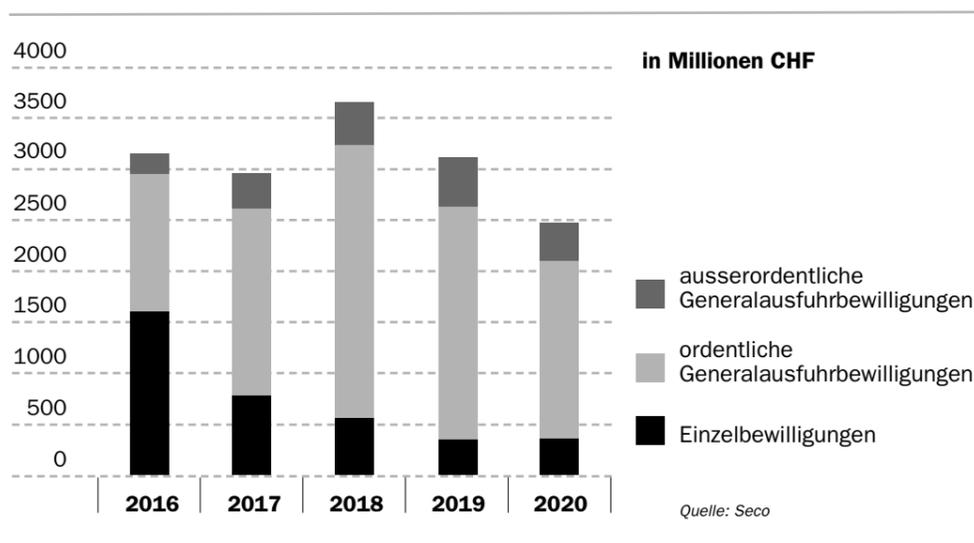
Rüstungsexporte gedeihen besonders gut, wenn möglichst wenig über sie bekannt ist. Wenn die sogenannten Kontrollbehörden dazu beitragen, dass das so bleibt, ist das nur im Interesse der Rüstungsindustrie. Jedes bisschen Transparenz muss hart erarbeitet werden. ADI FELLER

Interessierte warten mit Spannung auf die jährlichen Zahlen zu Rüstungsexporten, publiziert vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Neben Angaben zu Kriegsmaterial-Exporten umfassen diese auch die Exportzahlen zu besonderen militärischen Gütern und dual-use Gütern. Erfreulicherweise sanken wenigstens die Zahlen der bewilligten Exporte besonderer militärischer Güter in den letzten Jahren kontinuierlich. In den Anmerkungen wird betont, dass es sich um publizierte Zahlen zu «Einzelausfuhrbewilligungen» handelt, es daneben aber auch «Generalausfuhrbewilligungen» gebe. So weit, so transparent. Doch die Zahlen zu den Generalausfuhrbewilligungen (GAB) wurden stillschweigend über Jahre hinweg einfach nicht publiziert. Nachfragen zum Thema wurden mit Hinweis auf das Geschäftsgeheimnis der betroffenen Unternehmen konsequent abgeblockt. So musste sich die Wochenzeitung mit Hilfe des Öffentlichkeitsgesetzes über mehrere Jahre und bis hin zum Bundesgericht eine Liste mit Firmen, welche GAB besitzen, juristisch erkämpfen. Diese publizierte sie im Februar 2021, zusätzlich erstmals auch Zahlen zu den Exporten unter

GAB seit 2016. Die Bilanz und deren Entwicklung ist schockierend: 2019 waren die Ausfuhren unter GAB (2783 Millionen Franken) achtmal so gross, wie diejenigen der bisher bekannten Einzelausfuhrbewilligungen (363 Millionen Franken).

TRANSPARENZ IST GUT – KONTROLLE NOCH BESSER

Im März 2021 veröffentlichte das Seco endlich eine Liste mit noch etwas genauer aufgeschlüss-



selten Exportzahlen. Erstmals wurden die Zahlen nun auch nach «ordentlichen» und «ausserordentlichen» GAB aufgeschlüsselt. Ordentliche GAB gibt es für 29 Staaten, die theoretisch ähnlich Ausfuhrkontrollen wie die Schweiz haben sollten – dazu gehört aber beispielsweise auch Argentinien, Südkorea, die Türkei oder die Ukraine. Ausserordentliche GAB gibt es für alle übrigen Staaten weltweit. Von Exporten unter GAB im Wert von total 2107 Millionen Franken im Jahre 2020 liefen immerhin deren 371 Millionen unter «ausserordentlichen» Bewilligungen. Bestes Beispiel ist einmal mehr die Firma Pilatus, welche ausserordentliche GAB für alle Länder besitzt, in die sie jemals militärische Trainingsflugzeuge exportiert hat, darunter Indien, Mexiko, die Vereinigten Arabischen Emirate oder Saudi-Arabien. Die Exporte unter diesen

Bewilligungen unterliegen keiner systematischen, detaillierten Kontrolle durch das Seco, das für umfangreiche Kontrollarbeit wohl schlicht auch zu wenig Ressourcen und Personal bekommt – im Wirtschaftsdepartement werden halt Prioritäten klar gesetzt.

BEWILLIGUNGEN UND REALE EXPORTE

Nach all diesen Ausführungen gibt es noch ein grundlegendes statistisches Problem. Mit Ausnahme der Kriegsmaterialexporte veröffentlicht das Seco aktuell immer nur Zahlen zu erteilten Bewilligungen. Versuchen mit diversen Hinweisen darauf, wieso diese Zahlen ungenau seien, weil Bewilligungen mehrfach erteilt würden, nicht genutzt werden sowie dem Hinweis, dass es im «Zolltarif keine Aufschlüsselung über dual-use Güter» gebe. So weit, so schlecht. Doch auch für besondere militärische Güter werden keine effektiven Exportzahlen publiziert. All diese Ausführungen erklären nicht, wieso das seit Jahrzehnten so ist und es schlicht keine Erfassung der realen Exporte dieser Kategorien gibt. Gerade für eine Kontrollinstanz wäre die genaue Erfassung der effektiven Exporte doch naheliegend und besonders wichtig. Statt sich so vehement gegen Transparenz zu wehren, wäre das Seco gut beraten, sich mit derselben Hartnäckigkeit dafür einzusetzen, dass endlich die realen Exporte erfasst werden. Um eventuell doch einmal als Kontrollbehörde wahrgenommen zu werden und nicht als schlecht getarnte Exportförderungsorganisation.

SAUDI-ARABIEN

Kriegsmaterial für das Königreich

Diverse Länder setzen ihre Waffenlieferungen an Saudi-Arabien aus. Die Schweiz hingegen liefert immer noch an das radikale Regime in Riad. ANDREAS WEIBEL

Das siebte Jahr des Krieges im Jemen hat begonnen. Mindestens 100'000 Menschenleben hat der Krieg bisher gefordert. Nicht eingerechnet sind dabei die Toten durch Hunger und Krankheit. Fast drei Millionen Kinder sind unterernährt. Achtzig Prozent der Bevölkerung sind auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen.

Diverse westliche Staaten haben die von Saudi-Arabien angeführte Koalition seit dem Beginn der Intervention mit Militärberatern, Logistik und Geheimdienstinformationen unterstützt. Und vor allem haben sie Waffen in unglaublichen Mengen geliefert.

DIE STIMMUNG KIPPT

Spätestens seit dem barbarischen Mord am Journalisten Jamal Khashoggi im saudischen Konsulat in Istanbul und der Abwahl von Donald Trump ist die Stimmung gekippt. Ende Januar entschied die italienische Regierung, mehrere Lizenzen für den Export von Waffen an die Golfstaaten zu widerrufen. Unter anderem ist davon eine Lieferung von mehr als 12'700 Fliiegerbomben im Wert von über 200 Millionen Euro betroffen. Zivilgesellschaftliche Organisationen, insbesondere die GSoA-Partnerorganisation «Rete Italiana Pace e Disarmo», hatten monatelang auf diesen Entscheid hingearbeitet.

Auch die Biden-Administration hat im Februar bekanntgegeben, dass die USA künftig einen grossen Teil ihrer Waffenexporte an Sau-

di-Arabien einstellen werde. Das ist ein radikaler Kurswechsel im Vergleich zur vorherigen Regierung, die sich bedingungslos hinter das saudische Königshaus gestellt hatte.

Deutschland stellte die Lieferung von Kriegsmaterial in die Golfregion bereits 2018 ein. Seither sind unter anderem sieben fast fertige, für Saudi-Arabien bestimmte Kriegsschiffe in einer Werft in Mecklenburg-Vorpommern eingemottet. Von der deutschen Entscheidung sind auch zahlreiche Rüstungsprojekte betroffen, die im europäischen Verbund entwickelt werden, insbesondere gemeinsam mit Frankreich.

GERICHTE STOPPEN EXPORTE

Im März hat der belgische Staatsrat (welcher Entscheide der Behörden auf ihre Gesetzmässigkeit überprüft) eine Klage von Vredesactie, einer weiteren GSoA-Partnerorganisation, gutgeheissen und Lizenzen für die Lieferung von Gewehren an die saudische Nationalgarde annulliert.

Einer der grössten Lieferanten von Rüstungsgütern für Saudi-Arabien ist Grossbritannien. Seit dem Beginn des Krieges in Jemen hat allein die grösste britische Rüstungsfirma, BAE Systems, Waffen im Wert von mehr als 17.5 Milliarden Pfund an Riad geliefert. Rund hundert Staatsangestellte sind in London alleine mit der Abwicklung dieser Waffendeals zuständig. Schon seit 2019 führt die «Campaign Against Arms Trade», mit welcher die GSoA ebenfalls freund-



Mit den Waffenlieferungen an Saudi-Arabien macht sich die Schweiz mitverantwortlich am Jemenkrieg.

Foto: Fahd Sadi

schaftlich verbunden ist, vor dem höchsten britischen Gericht einen Rechtsstreit um die Exportlizenzen. In einer ersten Entscheidung sprach sich der High Court für eine Aussetzung der Kriegsmaterial-Exporte aus – worüber sich die Regierung von Boris Johnson jedoch nach einigen Monaten hinwegsetzte. Das Gericht wird nun darüber befinden, ob dieser Entscheid legal war.

UND DIE SCHWEIZ?

Offiziell kommuniziert der Bundesrat, keine Waffenexporte nach Saudi-Arabien zu bewilligen. Dennoch lieferte die Schweiz 2020 Kriegsmaterial für mehr als sieben Millionen an das Regime in Riad. Im Februar berichteten die

Medien, dass die saudische Armee Artillerie-Simulatoren des Schweizer Ruag-Konzern für ihre Caesar-Geschütze einsetze. Gemäss der unabhängigen jemenitischen NGO Mwatana for Human Rights wurden zwischen 2018 und 2020 zahlreiche Zivilpersonen durch Artilleriebeschuss getötet – genau durch diejenigen Geschütze, für die der Simulator der Ruag ausgelegt ist.

Es ist an der Zeit, dass die Schweiz nicht immer neue Schlupflöcher öffnet, um Waffenexporte an kriegführende Länder zu ermöglichen, sondern sich auf ihre humanitären Wert besinnt. In Form eines stringenten Gegenvorschlags zur Korrektur-Initiative hat das Parlament die Möglichkeit dazu (siehe Artikel nebenan).

ARMEE

DATENLECK

Brachiale Inkompetenz

Ein Datenleck auf der Online-Plattform, welche die Armee für Kurse nutzt, brachte vor allem eines zum Vorschein: Die Armee strotzt in vielen Bereichen geradezu vor Inkompetenz. MARTIN PARPAN

Beim sogenannten Learning Management System (LMS) der Armee handelt es sich um eine Online-Plattform, die die Armee nutzt, um Angehörige der Armee auszubilden. So absolvieren dieses Jahr beispielsweise Rekruten den ersten Teil der Ausbildung pandemiebedingt nicht in der Kaserne, sondern zu Hause. Mit dem E-Learning-Tool lernen sie die «Grundkenntnisse des Militärs und des militärischen Alltags» kennen. Die Rekruten sollen nach ab-

solvierter Ausbildung unter anderem wissen, wie das Sturmgewehr 90 zerlegt wird. Sie sollen sich mit ABC-Abwehr, Dienstreglementen und den Strukturen der Armee vertraut machen. Die Benutzerprofile auf der Plattform enthalten vollständigen Namen, E-Mail-Adressen, Handynummern, militärische Grade, Truppzugehörigkeit aber auch die AHV-Nummern, die als Benutzername verwendet werden. In Zeiten von Homeoffice und zunehmender Digitalisierung

sind E-Learning-Systeme heutzutage eine Selbstverständlichkeit. Das VBS scheiterte allerdings kläglich und entblösste mit diesem an sich einfachen Unterfangen seine Inkompetenz gleich dreifach.

AKT NUMMER 1 – EIN DESASTER ZUM AUFTAKT

Bereits der Start der E-Learning-Plattform war ein Desaster. Die Plattform war gleich zu Beginn überlastet. Die Rekruten konnten sich gar nicht einwählen. Den ersten Dienstag verbrachten sie vor allem mit Warten. Eigentlich erstaunlich, denn man darf davon ausgehen, dass man im VBS wissen konnte, wie viele Rekruten sich auf der Plattform einwählen werden. Das System darauf auszurichten, sollte keine Hexerei sein.

AKT NUMMER 2 – DAS DATENLECK

Wesentlich gravierender war eine Entdeckung von einem ehemaligen Rekruten im Februar. Er schaffte es mit wenigen Kniffen auf Daten zuzugreifen, die grundsätzlich nicht für die Öffentlichkeit gedacht sind. Nicht weniger als 400'000 Datensätze offenbarten sich ihm. Er hatte innert Kürze Zugriff auf die Handynummer des Armeechefs, persönliche E-Mail-Adressen einiger Bundesräte, Namen und Kontaktangaben von Mitarbeitern des Nachrichtendienstes oder des Bundesamts für Polizei. Neben dem Datenleck an sich ist es doch bemerkenswert, dass es sich beim ehemaligen Rekruten, der das Leck entdeckte, nicht um einen versierten Hacker handelte. Seine Entdeckung war rein zufälliger Natur. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen,

dass sich das VBS gemäss eigenen Angaben als zentraler Pfeiler in unserem Land sieht, wenn es um die Abwehr von Cyberrisiken geht.

AKT NUMMER 3 – VERHARMLOSEN UND VERNEBELN

Wie viel Inkompetenz im VBS in Bezug auf Datensicherheit vorhanden ist, demonstrierte das VBS dann im Anschluss, als es darum ging, die Krise zu bewältigen. In einer im März publizierten Pressemitteilung spielte das VBS die Geschichte herunter, respektive versuchte gar, das Ganze zu einer Erfolgsgeschichte umzudeuten. Die Mitteilung unter dem Titel «Rasche Reaktion auf Vorkommnisse im LMS der Armee» rühmte die umgehende Reaktion der eiligst gebildeten «Task Force LMS», welche den Konfigurationsfehler innert Stunden behoben habe. Stunden, um Fehler bei Zugriffsberechtigungen zu berichtigen ist allerdings alles andere als schnell, sondern im Gegenteil überraschend langsam. Ein weiteres Mal setzte sich das VBS dann ins Fettnäpfchen, in dem es verlauten liess, dass die verfügbar gewordenen Informationen nicht geheim seien. So wird aber beispielsweise die AHV-Nummer in vielen Bereichen der Verwaltung zur Identifikation eingesetzt.

Fazit: Das VBS scheitert selbst mit einfachen Vorhaben kläglich. Zwar könnte man mit einer gewissen Ironie und Belustigung auf die brachiale Inkompetenz in diesem Departement herabschauen. Jedoch macht der Gedanke, dass solche Tauchgänge immer wieder Steuergelder verschlingen, die andernorts fehlen, wütend. Eine Schweiz ohne VBS wäre nach wie vor eine Bereicherung.



REKRUTIERUNG DER ARMEE

Bis auf die Unterhosen frauenfreundlich?

Viola Amherd hat eine Frauenoffensive gestartet. Mit der Kampagne «Sicherheit ist auch weiblich» sollen junge Frauen dazu motiviert werden, Teil der Schweizer Armee zu werden. Das Sicherheit schon längst weiblich ist, wird dabei leider übersehen, weil die Definition des Begriffs einmal mehr sehr eingeschränkt ist. JUDITH SCHMID

Die Armee hat ein Rekrutierungsproblem – das wissen nicht nur die GSoA-Sekretär*innen, welche die zahlreichen Mails von angehenden Soldaten beantworten. Aus diesem Grund, sollen nun auch die Frauen einrücken, denn da gibt es aus Sicht des VBS noch Potenzial. Rund die Hälfte der Bevölkerung ist weiblich, in der Armee sind es nur gerade mal 0,9 Prozent.

Seit Viola Amherd VBS-Chefin ist, lässt sie keine Möglichkeit ungeschehen. Frauen ins Rampenlicht zu rücken: Die Kampffjet-Pilotin und «Hauptmann» Fanny Chollet war das Gesicht der VBS-Kampagne für die neuen Kampfflugzeuge. In der Sendung «Der Club» vertrat die neue Leiterin Sicherheitspolitik des VBS, Pálvi Pulli, die klassisch militärische Definition von Sicherheit. Dass ausgerechnet jetzt mit der ersten VBS-Chefin überhaupt dieses Thema in einem so rasanten Tempo angegangen wird, überrascht nicht. Denn so manchem traditionellen und damit auch männlichen Militärkopf dürfte es nicht ganz «gschmuck» sein beim Gedanken, dass in Zukunft mehr Frauen mit Sturmgewehr auf dem Rücken in den Bahnhöfen dieses Landes zu sehen sein sollen – würde doch damit sein Rollenmuster den Kopfstand machen.

INFLUENCERINNEN UND KINDER-BETREUUNG

Davon lässt sich Amherd nicht beirren. Pünktlich zum internationalen Frauenkampftag vom 8. März dieses Jahr veröffentlichte das VBS den Bericht «Frauen in der Armee», der Massnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils aufzeigt. Dazu gehören eine Dienststelle für Frauen, Armee-Influencerinnen auf Instagram und Informationstage für Schülerinnen. Aktuell testet Armasuisse Unterhosen für Frauen, was sogar der englischen Zeitung The Guardian einen Artikel zum Schmunzeln wert war.

Auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Organisation der Kinderbetreuung sollen auf einmal Platz haben in den patriarchalen Militärstrukturen. Im Bericht wird zwar betont, dass dieser Punkt auch für Männer wichtig sei, bezeichnend ist es trotzdem, dass dem Anliegen nach jahrzehntelangem Ignorieren, gerade jetzt, wenn es darum geht, mehr Frauen ins Militär zu locken, Gehör verschafft wird.

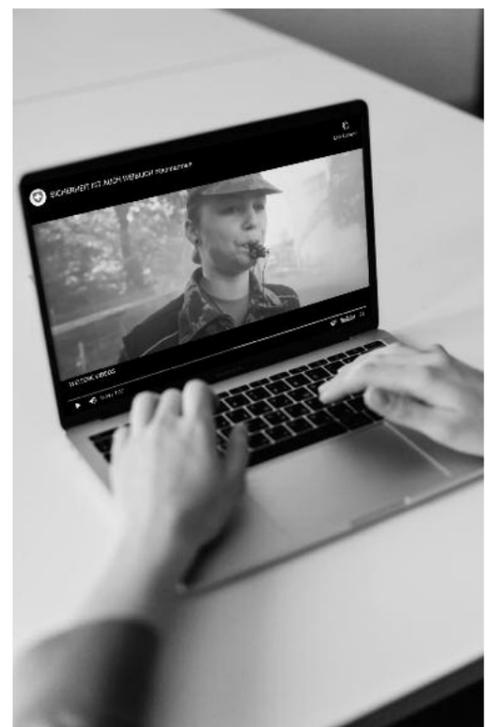
WAS IST SICHERHEIT?

Gerade die Armee-Influencerinnen inszenieren sich immer wieder als wahre Vertreterinnen

einer echten Gleichstellung. So beispielsweise auch Cécile Kienzi, die in einem Video sagt, dass «Gleichberechtigung überall gelten soll, nicht nur beim Lohn oder bei den Chefpositionen – sondern auch bei den Pflichten.» Das in den Teppichetagen dieses Landes immer noch grossmehrheitlich Krawatten getragen werden und die Lohngleichheit lange nicht erreicht ist, ignoriert sie. Ebenso wie die immer noch grösstenteils von Frauen geleistete «Pflicht» der Angehörigen- und Altenpflege sowie der Kindererziehung.

Auch, dass Sicherheit bereits heute sehr weiblich ist, wird von der Armee nicht anerkannt. Sicherheit wird heute ausschliesslich militärisch verstanden und die Massnahmen zur Stärkung der Sicherheit sind immer dieselben: Aufrüstung, Militarisierung, stärkere Repression. Gerade die Pandemie hat uns aber schmerzlich gezeigt, dass Sicherheit definitiv andere Facetten hat als militärische. So gehört zum Beispiel neben dem Katastrophenschutz auch ein funktionierendes Gesundheits- und Sozialsystem dazu. Hier leisten Frauen den Löwenanteil an bezahlter Arbeit, aber darüber hinaus auch unbezahlte Arbeit in der Höhe von rund 242 Milliarden Franken – jedes Jahr.

Sicherheit ist seit jeher auch weiblich. Solange das nicht anerkannt wird und die gleichen Rechte für Mann und Frau auf Verfassungsebene nicht durchgesetzt werden, müssen wir uns wehren



Mit verschiedenen Videos versucht die Armee mehr Frauen ins Militär zu locken.
Foto: cottonbro (pexels.com), Screenshot youtube-Kanal der Schweizer Armee.

gegen jegliche Form von Pflichten für Frauen in Sachen Militär. Falls sich dies bald ändern sollte, könnten wir dann auch die Wehrpflicht für die Männer – oder noch besser: die Armee – abschaffen. Dann hätten wir die Gleichberechtigung auch erreicht.

FEINDBILDER

Der verdrängte Genozid

Das Vorurteil, der Islam sei besonders gewalttätig, führt zur Verdrängung des einzigen Genozids in Europa nach 1945. JOSEF LANG

Um Fehlteile zu vermeiden, beginne ich mit einer allgemeinen Klarstellung: Alle Religionen tragen in sich die Kraft zur Friedlichkeit und den Hang zur Gewalttätigkeit. Wer etwa glaubt, monotheistische Religionen seien kriegerischer als der Buddhismus oder der Hinduismus, schau nach Burma, Indien oder Sri Lanka. Wer behauptet, das Christentum sei aufgrund der Bergpredigt friedlicher als der Islam, sei daran erinnert, dass die Hälfte der Grossverbrechen des 20. Jahrhunderts einen abendländischen Hintergrund hat. Die Täter*innen der beiden letzten Genozide des besonders barbarischen Jahrhunderts, Ruanda (1994) und Srebrenica

(1995), waren Angehörige christlicher Kirchen. Das liegt nicht an fragwürdigen Bibel-Stellen, sondern an Machtverhältnissen, Interessenlagen, idellen Absolutismen und grenzenlosem Hass. Die Realgeschichte ist viel bedeutender als irgendeine Heilige Schrift.

NACH DEM KOMMUNISMUS DER ISLAM

Wenn heute der Islam als besonders gewalttätig und gefährlich betrachtet wird, lässt sich das aus den tatsächlichen Terror- und Kriegsakten in New York, Afghanistan, im Nahen Osten, in Afrika oder Frankreich nicht erklären. Das zeigt unter anderem der Umstand, dass das

fürchterlichste Verbrechen, an dem der politische Islam der Haupttäter war, die Ermordung von 500'000 Menschen in Indonesien im Jahre 1965, kein Thema ist. Die «rechtgläubigen» Muslime sind damals vom Westen unterstützt worden, weil es gegen den «Kommunismus» ging.

Der politische Hauptgrund für die Islam-Feindlichkeit ist das Verschwinden des bisherigen Feindes. Beim Wiederaufbau des Feindbildes konnte an abendländische Erbschaften und alte Konflikte angeknüpft werden. Das Vorurteil eines gewaltträchtigen und aggressiven Islams wird aber erschwert durch die Massenmorde an Muslim*innen. Warum wird in den Medien nicht stärker betont, dass die burmesische Armee ihre Brutalität im Kampf gegen die Rohingya geübt hat? Warum wird die massive Verfolgung der Muslim*innen in Indien durch die Hindu-Nationalist*innen immer wieder als «Konflikt» verharmlost? Einzig das Schicksal der Uigur*in-

nen wird angemessen thematisiert, auch weil sie für einige den richtigen Feind haben.

«SCHULD RELATIVIEREN»

Am auffälligsten ist die Verdrängung der fürchterlichsten Massengewaltungen seit 1950 und des einzigen Genozids seit 1945 in Europa. Die Opfer in den Jahren 1992 bis 1995 waren grossmehrheitlich bosnische Muslim*innen. 2017 kam im NZZ-Verlag ein Buch heraus, das – trotz des Titels «Islamistische Drehscheibe Schweiz» – dem Bosnienkrieg einen gewichtigen Platz einräumt. Der Genozid wie auch die Massengewaltungen werden in keinem Wort erwähnt. Trotzdem wird das Buch in den meisten Medien völlig unkritisch besprochen. Im Schweizer Fernsehen und Radio, aber auch in Print-Medien wird die Autorin Saida Keller-Messahli zu einem Dauergast – trotz Einwänden von Kenner*innen des Islams oder des Balkans.

Im gleichen Jahr veröffentlichte Keller-Messahli in einem aus dem FPÖ-Umfeld stammenden Sammelband einen Beitrag über den Islam auf dem Balkan, der von den österreichischen Fachleuten arg zerzaust wird: «Gleichzeitig vermeidet die Autorin fast völlig, die bosniakisch-muslimischen Opfer zu thematisieren.» Sie «ignoriert diese Fakten mit einer klaren und längst bekannten Absicht: die Schuld und die Verantwortung für den Bosnienkrieg zu relativieren.» Redaktoren der NZZ und des Tagesanzeigers nehmen die Kritik auf. Auf Fernsehen und Radio und andere Medien hat das keinen Einfluss. Erst recht nicht auf rechts-christliche Kreise.

Im Dezember 2003 hat der Nationalrat den Genozid in Armenien anerkannt. Jetzt ist es an der Zeit, dass die Schweiz den an den Bosniak*innen anerkennt. Eine solche Anerkennung wäre ein Mittel gegen Verharmlosung und Leugnung.



Denkmal für den Genozid von Srebrenica in Potočari. Foto: Michael Büker

STRIKE FOR FUTURE

Klima- und Friedenspolitik zusammendenken!

Die militärische Sicherheitspolitik bietet keinerlei Antworten auf die grösste Gefahr des 21. Jahrhunderts: die Klimakrise. Stattdessen trägt sie substantiell zu ihrer Verschärfung bei. Höchste Zeit, dass wir das Engagement für eine friedliche und eine nachhaltige Welt verbinden! NADIA KUHN

Der Klimawandel ist die grösste Herausforderung, der sich die Menschheit derzeit stellen muss. Seit Beginn der Industrialisierung stieg die Temperatur auf der Erde durchschnittlich um ein Grad Celsius, in der Schweiz gar um zwei Grad. Die Klimakrise wirkt dabei als Verstärker von Konfliktfaktoren wie Nahrungunsicherheit, Armut und Naturkatastrophen. Insbesondere in Ländern und Regionen, in denen die Folgen der Klimakrise mit anderen Problemen wie struktureller Armut, Korruption oder mangelhafter Infrastruktur zusammentreffen, droht die Klimakrise bestehende Konflikte zu verschärfen.

Leider ist diese Dynamik keineswegs bloss Theorie. Bereits heute finden sich weltweit diverse Beispiele für gewalttätige Konflikte, die durch Umweltveränderungen angeheizt wurden. Exemplarisch dafür steht der Bürgerkrieg in Syrien. Die ungewöhnliche Trockenheit der Jahre 2007 bis 2010 verstärkte die Landflucht vieler bäuerlicher Familien. Durch die Überlastung der städtischen Infrastrukturen und die Notlage der Neuankömmlinge in den Städten verstärkte sich die soziale und politische Unzufriedenheit, die 2011 infolge der Repression des Assad-Regimes in einen gewaltsamen und bis heute andauernden Konflikt umschlug.

DIE ROLLE DER ARMEEN

Eigentlich sollte sich moderne Sicherheitspolitik deshalb in erster Linie um die Verhinderung der Klimakrise kümmern. Die Realität sieht anders aus: Noch immer wird unter Sicherheitspolitik ausschliesslich Aufrüstung und Militarisierung verstanden. Dabei gehören Militär und Krieg zu den Hauptverursachern von Treibhausgasemissionen, Feinstaubbelastung und Umweltkatastrophen.

Armeen weltweit verursachen enorme Mengen an klimaschädlichen Emissionen. Das US-Militär etwa ist der weltweit grösste Einzelkonsument von Erdöl und stösst jährlich mehr Treibhausgasemissionen aus als Schweden, Dänemark oder Portugal. Im Krieg wird die natürliche Umwelt allzu oft gezielt angegriffen oder beschädigt. Infolge von militärischen Angriffen werden Schadstoffe freigesetzt, die Wasser, Boden und Luft verseuchen und somit das Leid der Zivilbevölkerung verstärken.

Erschwerend kommt hinzu, dass die militärische Aufrüstung finanzielle Mittel bindet, die eigentlich für die Bekämpfung der Klimakrise gebraucht werden würden. Gemäss dem Inter-

national Institute for Strategic Studies sind die weltweiten Rüstungsausgaben im Pandemiejahr 2020 um 3.9 Prozent gestiegen – auf rekordhohe 1.83 Billionen Dollar. Dem gegenüber steht die Berechnung von 1,4 Billionen US-Dollar, die zwischen 2020 und 2024 jährlich in Klimaschutzinvestitionen fliessen müssten, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen – doch im Gegensatz zur Aufrüstung scheint für Klimaschutz irgendwie nie genug Geld da zu sein.

Es zeigt sich also klar: Nicht nur hat die militärisch verstandene Sicherheitspolitik keine Antwort auf die drängendste Gefahr des 21. Jahrhunderts, sie trägt stattdessen auch substantiell zu deren Verstärkung bei. Effektive Friedenspolitik muss deshalb immer auch Klimapolitik sein und umgekehrt.

KÄMPFE VERBINDEN – AUF ZUM STRIKE FOR FUTURE!

Aus diesen Gründen unterstützte die GSoA den Strike for Future am 21. Mai – einen bunten Mobilisierungs-, Aktions- und Streiktag, der die Grundlage für einen langfristigen Wandel hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft legen sollte. Initiiert vom Klimastreik, gelang es an diesem Tag die verschiedensten ökologischen und sozialen Akteure zusammenzuschliessen. Im friedenspolitischen Komitee für den Strike for Future sollen auch zukünftig Aktionen ausgearbeitet, über die bestehenden Verknüpfungen zwischen Klima und Konflikt aufgeklärt und mobilisiert werden.

Willst du dich auch im friedenspolitischen Komitee organisieren? Dann melde dich bei mir unter nadia@gsoa.ch!

Am 21. Mai nahmen zahlreiche Menschen am Strike for Future teil.



DIE LETZTE

SEKI BERN UND GENF

Hello and Goodbye

Im März und April gab es wieder Wechsel im Seki Team. In Bern hat uns Kish Paul verlassen. Neu ergänzt Saskia Rebsamen das Team. In Genf wurde für Aline Bressoud Pauline Schneider angestellt. JUDITH SCHMID UND THOMAS BRUCHEZ

Kish hat rund eineinhalb Jahre bei der GSoA gearbeitet. Er war zuständig für die Organisation des Ostermarsches, der aufgrund der Pandemie in den letzten zwei Ausführungen leider nur Online stattfinden konnte. Im letzten Sommer und Herbst hat er den Abstimmungskampf des Kampfjetreferendums und der Kriegsgeschäfte-Initiative unterstützt. Kish ist nun bei der Unia als Gewerkschaftssekretär angestellt. Wir bedanken uns bei Kish für seine Arbeit und wünsche ihm alles Gute für die Zukunft!

VOM GRÜNEN BÜNDNIS ZUR GSOA

Die Stelle von Kish wird neu von Saskia Rebsamen besetzt. Sie hat im Sommer 2020 ihre Matura abgeschlossen und in einem Zwischenjahr den städtischen Wahlkampf des Grünen Bündnisses als Praktikantin unterstützt. Saskia ist bereits seit mehreren Jahren politisch aktiv: Zuerst im Jugendparlament der Stadt Bern als Co-Präsidentin und seit 2018 in der Klimastreik-Bewegung in Bern und national. Sie ist Mitglied und seit 2020 Co-Präsidentin der Jungen Grünen Kanton Bern. Durch ihr

Engagement ist sie in der Stadt Bern und in der ganzen Schweiz bestens vernetzt und bringt schon viel Erfahrung in politischer Kampagnenarbeit mit. Sie freut sich, bei der GSoA neue spannende Aufgaben zu übernehmen: Zum Beispiel rund um die Regionalgruppe Bern oder die Korrektur-Initiative. In diesem Sinne: Herzlich willkommen Saskia.

EINE NEUE SEKRETÄRIN MIT VIEL ERFAHRUNG IN GENF

Im Seki in Genf hat Anfang März Pauline Schneider Aline Bressoud ersetzt. Pauline stammt

aus Neuenburg und ist seit mehr als 7 Jahren bei der Juso dort aktiv. Zuerst war sie Mitglied im Sektionskomitee in Neuenburg, dann Mitglied der Geschäftsleitung der Juso Schweiz und anschliessend deren Vizepräsidentin bis April dieses Jahres. Sie ist ebenfalls Langjähriges Mitglied der SP Frauen und der SP. Dort war sie Praktikantin im Bereich Kommunikation und Kampagnen. Dank ihrer langjährigen Erfahrung weiss Pauline, was es braucht, um eine politische Organisation tagtäglich schlagkräftig zu halten. Pauline ist eine Alleskünstlerin: Kommunikation mit den Medien, Planung und Durchführung von Abstimmungskampagnen egal auf welcher Ebene, Aktionen organisieren, Stimmen sammeln und administrative Arbeiten erledigen – das alles kann sie, und ist obendrein noch sehr effizient dabei. Wir schätzen uns sehr glücklich, sie im Seki Team zu haben. Herzlich Willkommen, Pauline!



GROSSE MITGLIEDER-UMFRAGE

(nk) Seit knapp 40 Jahren engagiert sich die GSoA gegen das Militär und für den Frieden. Nun interessiert uns Ihre Meinung zu unserer Arbeit! Welche Schwerpunkte sollen wir in Zukunft setzen? Wo und wie können wir uns verbessern? Was sind Ihre Wünsche an die GSoA? Um das herauszufinden, haben wir eine Umfrage gestartet. Nehmen Sie digital unter www.gsoa.ch/umfrage teil oder melden Sie sich unter gsoa@gsoa.ch für einen Fragebogen per Post. Vielen Dank!



Saskia Rebsamen



Pauline Schneider

GREGOR,
das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube: www.youtube.com/user/GregorsGunTV



Bestelltalon GSoA-Material



Anzahl	Bezeichnung	Frau / Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
	Peace-Button			Fr. 1.–	
	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	Pullover «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.–	
	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	T-Shirt «Stopp Kampfjets!»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	T-Shirt «Gregor»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.–	
	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.–	
	Friedensfahne		<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.–	
	Kleber			kostenlos	
	Jasskarten		<input type="checkbox"/> de Set <input type="checkbox"/> fr Set	Fr. 5.–	
	Feldpost-Päckli			Fr. 60.–	
	Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:				
	Feuerzeug AUSGESCHOSSEN!			Fr. 2.–	
	Stofftasche AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.–	
	Turnbeutel AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.–	
	Versandkostenanteil				Fr. 4.80
	Ich werde GSoA-Mitglied	<input type="checkbox"/> Verdienende Fr. 100.–	<input type="checkbox"/> Nichtverdienende Fr. 50.–		
	Spende	<input type="checkbox"/> Fr. _____	<input type="checkbox"/> Fr. 50.– <input type="checkbox"/> Fr. 20.– <input type="checkbox"/> Fr. 10.–		
	Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich <input type="checkbox"/>				
	Rechnungsbetrag				

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bestellung: GSSA, CP 151, 1211 Genève 8, www.gsoa.ch/shop